

Serbien nach den Wahlen

Der Neujahrskater dauert dieses Jahr länger

Die Wahlen in «Rest-Jugoslawien» sind vorbei. Die Opposition in Serbien hatte ihre ganze Hoffnung in diese Wahlen gesetzt. Obwohl Milosevic im Vergleich zu 1990 Stimmenprozente verloren hat, herrscht heute Katerstimmung. Roland Brunner weilte über Neujahr in Serbien.

Roland Brunner

Der neue und alte Präsident Serbiens heisst Milosevic. Der Versuch der Opposition, mit dem US-Import Panic dem Kriegstreiber Milosevic eine politische Antwort zu geben, scheiterte. Manipulationen, aber auch die Stimmung in Serbien verhalfen dem Regime zu einer neuen Legitimation.

Manipulationen im Wahlkampf

Für den 20. Dezember 1992 waren verschiedene Wahlen angesetzt: Präsidentschaftswahlen für Serbien, Parlamentswahlen für Serbien, für Montenegro, für «Jugoslawien», das aus den beiden Republiken zusammen besteht, Lokalwahlen und Kommunalwahlen. Eine verwirrende Vielzahl, bei der niemand den Überblick behielt und die eine ungehemmte Manipulation ermöglichten.

Erst am 13. November 1992 wurde ein Wahlkontrollkomitee zur Überwachung des Wahlkampfes gegründet, laut gesetzlichen Bestimmungen zwei Wochen zu spät. Die erste Phase des Wahlkampfes unterstand dadurch keiner Kontrolle. Am 19. November lief die Frist für die Einreichung der Wahllisten ab. Einige Organisationen erhielten die notwendigen Formulare erst einige wenige Tage vor diesem Termin. Die Demokratische Reformistische Partei der Muslime bei-

spielsweise hatte ganze zwei Tage Zeit, ihre Liste einzureichen.

Schon am 17. November warnte das Kontrollkomitee die Regierung: Die Abmachung über die Gleichbehandlung der Parteien im Fernsehen stehe im Widerspruch zum Wahlgesetz, laut dem TV-Spots von Parteien verboten sind. Zudem wurde das staatliche Fernsehen angegriffen, weil eine Fernsehsendung vom 15. November, die einen weinenden Vater am Grabe seines Sohnes zeigte, zur Verunglimpfung der Opposition missbraucht wurde.

Am 3. Dezember warnte das Kontrollkomitee wegen Irregularitäten im Wahlkampf. Am 4. Dezember erklärte es, die Serbische Radikale Partei (SRS) in Montenegro habe gegen das Gesetz über nationale Diskriminierung verstossen. Erneut wurde die einseitige und unkorrekte Berichterstattung des Fernsehens und die einseitige Beeinflussung der WählerInnen zugunsten der Sozialistischen Partei Milosevics kritisiert. Veranstaltungen der Opposition wurden entweder gar nicht oder ohne Ton vorgestellt.

Am 16. Dezember, vier Tage vor den Wahlen, erklärte die Kontrollkommission, jede weitere Diskussion mit dem staatlichen Fernsehen sei sinnlos. Die Berichterstattung verhindere eine pluralistische Meinungsbildung und manipulierte einseitig zugunsten der Sozialistischen Partei Serbiens SPS. Die Regularität der Wahlen sei in Frage gestellt.

Wahlfälschungen und Stimmenschwindel

Anstatt die Stimmen wie vorgesehen im nationalen Wahlzentrum in Belgrad zu zählen, wurden die Urnen kurzfristig lokal ausgezählt. Damit liess man der SPS alle Möglichkeiten der Wahlmanipula-

tion offen, da in den Wahllokalen auf dem Lande einzig die SPS vertreten war und die Opposition keine Möglichkeit hatte, die Resultate zu kontrollieren.

Etwa 100'000 vor allem jüngere Menschen konnten nicht an den Wahlen teilnehmen, weil sie nicht ins Wahlregister aufgenommen worden waren. Auch die Soldaten wurden von der Wahl ausgeschlossen. Sie haben ihre Abstimmungsunterlagen entweder gar nicht oder erst viel zu spät erhalten. Dafür konnten zum Teil Flüchtlinge abstimmen, was laut Wahlgesetz verboten ist, wenn sie nicht mindestens seit sechs Monaten eine feste Niederlassung in Serbien haben. Selbst einjährige Kinder und Tote wurden auf den Wahllisten geführt.

Offizielle Wahlergebnisse

Die veröffentlichten Zahlen dokumentieren dieses Chaos. So gefälscht sie sind, so undurchsichtig sind sie (s. Zusammenstellung in der Tabelle auf der nächsten Seite). Offiziell nahmen 1992 1,5 Millionen WählerInnen an den Wahlen teil (1990: 830'000). Für die Präsidentschaft erreichte Milosevic dabei 56 Prozent der Stimmen (1990: 66%), Panic erhielt 34 Prozent (1990: Vuk Draskovic 16%). In Belgrad selbst lag Milosevic mit 47,5 Prozent ebenfalls vor Panic mit 43,5 Prozent.

In Montenegro erreichte die Sozialistische Partei 42 Prozent der Stimmen. Da 14 Parteien die 4-Prozenthürde nicht überwand, wurden ihre insgesamt 20 Prozent WählerInnenstimmen verteilt. Damit kommt die Sozialistische Partei auf die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Dies ist um so bedeutender, als der Präsident in Montenegro vom Parlament gewählt wird.

Während die Sozialistische Partei Milosevics bei den Parlamentswahlen von

Resultate der Parlamentswahlen*	Serbien		Montenegro	«Jugoslawien»	
	1990	Dez. 92	1992	Mai '92	Dez. 92
Sozialistische Partei Serbiens (Milosevic)	194	101		75	47
Serbische Radikale Partei (Seselj)	0	73	8	33	34
DEPOS (Demokratische Bewegung Serbiens)	19	49		0	20
Demokratische Partei der Sozialisten Montenegros			46	5	17
Allianz Liberale und Reformistische Sozialdemokraten			17		
Demokratische Union der Ungarn in der Vojvodina	5	7		0	2
Demokratische Partei + Reformdemokratische Partei	0	2		0	1
Unterstützer des «Unabhängigen» Arkan (Cetnik)	0	5			
Liga der Bauern Serbiens	2	3			
Demokratische Reformpartei der Muslime		1			
Volkspartei			14		4
Sozialistische Partei Montenegros					5

* alle Zahlen sind unvollständig, gefälscht und aus verschiedenen offiziellen Quellen zusammengetragen.

194 Sitzen deren 93 verlor und neu 101 Sitze einnimmt, gewann die Opposition insgesamt 34 Sitze dazu und nimmt jetzt deren 60 ein. Der grosse Sieger dieser Wahlen heisst aber Vojislav Seselj und seine Serbische Radikale Partei SRP.

Sieg der Seselj-Radikalen

Der 37-jährige Cetnikführer Seselj gilt als einer der Hauptverantwortlichen für die Kriegsverbrechen in Bosnien. Sein militanter Nationalismus zugunsten Grossserbiens überholt verbal Milosevic um Runden. Dass der Neofaschist bei den Wahlen gut abschneiden würde, wurde befürchtet. Die offiziellen 20% der Stimmen liegen aber weit über den Möglichkeiten dieser Partei.

Laut *Boždan Petrović*, Journalist des unabhängigen Fernsehsenders «Studio B», ist es absolut unmöglich, dass die Radikale Partei so viele Stimmen macht. Die Partei bestehe aus Seselj und einer ihm zugeordneten Polizei-Organisation ohne Verankerung im Land. Die Stimmen für die Opposition wurden allem Anschein nach der Radikalen Partei Seseljs zugerechnet und umgekehrt.

Zoran Djindjic, Präsident der Demokratischen Partei, konnte sich eine Kopie des Resultats des Wahllokales Belgrad 12 beschaffen: Die SPS gewann hier 59 Stimmen, die Radikalen nur eine Stimme. Das veröffentlichte Resultat dieses Wahllokales lautete: 154 Stimmen für die SPS, 59 Stimmen für die Radikalen. . .

Das Resultat widerspricht auch allen Umfrageergebnissen im Vorfeld der Wahlen. In 196 Wahllokalen in ganz Serbien ist die Wahlmanipulation so gut dokumentiert, dass die Wahl wiederholt werden musste. 113 dieser Wahllokale sind in Belgrad (11,4% aller Wahllokale Belgrads), 66 in Pristina, 5 in Nis, je 3 in

Uzice und Leskovac und je 2 in Novi Sad, Kragujevac und Podgorica. Die Wahlfälschungen gingen in ihre zweite Runde. . .

Kriminelle Machenschaften

Die JournalistInnen von «Studio B» kennen Seseljs Radikale gut. Der Sender, der als einzige unabhängige Fernsehanstalt ungeheuer wichtig ist, kann leider nur in Belgrad selbst empfangen werden. Für die meisten Menschen in Serbien sind Zeitungen heute zu teuer geworden. Das erste Programm wird vollständig von Milosevic kontrolliert und nutzt dieses Monopol auch hemmungslos aus.

Eine Materialspende mit Studiomaterial im Wert von 250'000 US-Dollar zugunsten von «Studio B», geschenkt von der US-amerikanischen Soros-Stiftung, wurde bei der Anlieferung von Ungarn her kurz nach der serbischen Grenze vermutlich von Seseljs Radikalen in einer Wildwestaktion gekapert. Die beiden Lastwagen mit dem Fernsehmaterial «verschwanden spurlos». Zufällig erhielt ein Fernsehsender bosnischer Serben genau in diesen Tagen eine grössere Lieferung technischen Materials. . .

Ein Sieg der Vernunft oder russisches Roulette?

Die offizielle Regierungszeitung «Politika» interpretiert den Wahlausgang in ihrer internationalen Ausgabe vom 2.1.1993 so: «Die SPS verdankt ihren Wahlerfolg den internationalen Sanktionen. (...) Unter diesen Umständen ist die Tatsache, dass die Radikalen weniger als ein Drittel der Stimmen errungen haben, ein Beweis für die Urteilskraft der serbischen WählerInnen. Unter ähnlichen Bedingungen hat sich vor 60 Jahren

Deutschland klar für die Nationalsozialisten entschieden.»

Zoran Hodžera, ein in Belgrad geborener US-Wahlbeobachter, der in Genf Politologie studierte, 25 Jahre beim IWF arbeitete und heute an den Universitäten Yale und Virginia arbeitet, zieht in «Politika» folgende Wahlbilanz: «Die öffentliche Meinung verschiebt sich beträchtlich nach rechts. Meiner Meinung nach ist die SPS keine linke, sondern eine rechte Partei. Sie ist keine Arbeiterpartei, sondern eine autoritäre Partei, die vom Sozialismus nur den Namen benützt. Ihr Wirtschaftsprogramm hat einige sozialistische Elemente, aber ihre politischen Strukturen, ihre Organisationsform und ihre Art, das Land zu regieren, sind absolut konservativ. Dieser Rechtsrutsch ist vor allem ein Ergebnis des Krieges. (...) Die Serben sind heute allein, ganz auf sich selbst gestellt. Sie spielen russisches Roulette, aber statt nur einer haben sie fünf Kugeln im Revolver.» Laut Hodžera war der Wahlverlauf absolut chaotisch – schlimmer als bei den Wahlen 1990. Er ist sicher, dass jedes westliche Gericht die Wahlen sofort für ungültig erklären würde.

Offene Regierungsbildung

Der Wahlausgang lässt die weitere Politik offen. Sicher ist, dass der Flügel der Kriegstreiber gestärkt aus den Wahlen hervorgeht. Wie die nächste Regierung Serbiens aussehen wird, ist aber noch offen. Die SPS von Milosevic würde zusammen mit den Radikalen Seseljs eine bequeme Zweidrittel-Mehrheit im Parlament finden. Gegen eine solche Koalition regt sich aber auch innerhalb der SPS Widerstand. Zudem befürchten die Taktiker verstärkten Druck seitens der internationalen Politik.

Wahlplakate
in Belgrad

Andere mögliche Koalitionen wie SPS-DEPOS sind rein rechnerisch denkbar. Vuk Draskovic, bekanntester Führer der DEPOS, wies diese Möglichkeit nicht grundsätzlich, aber in der momentanen Situation von sich: «Eine Koalition mit Milosevic zu bilden würde heissen, zu dessen Sündenbock zu werden, wie es Panic geschah. Ich müsste dann seine dreckigen Kleider tragen. Dazu könnte ich sogar noch ja sagen, wenn man mir erlauben würde, die Kleider in die Reinigung zu bringen. Aber egal wie oft ich sie waschen würde, sie würden immer wieder eine Möglichkeit finden, sie zu verdrecken. Das ist die Politik der SPS.» («Politika», 2.1.1993)

SPS und Radikale haben ihre Mehrheit Ende Jahr gleich benutzt, um den lästigen Panic loszuwerden. Mit einem Misstrauensantrag wurde er in beiden Kammern mit klaren Mehrheiten von seinem Posten enthoben. Ob es ihnen gelingen wird, eine Regierung zu bilden und sie in beiden Kammern (vergleichbar National- und Ständerat) durchzubringen, ist offen. Gelingt dies nicht innert dreier Monate, müssten laut Verfassung Neuwahlen ausgeschrieben werden. Aber eben, wen interessiert schon die Verfassung. . .

Intellektuelle und populistische Opposition

Die politische Opposition Serbiens krankt daran, dass sie vor allem eine Opposition der Intellektuellen ohne gesellschaftliche Basis ist. Eine Vielzahl von Parteien, gruppiert um eine Person, hatte die grösste Mühe, im Vorfeld der Wahlen ein gemeinsames Vorgehen gegen Milosevic zu beschliessen.

Mitte Mai 1992 wurde die Demokratische Bewegung Serbiens DEPOS gegründet. Gemeinsamer Nenner dieses

oppositionellen Dachverbandes ist die Rücktrittsforderung an Milosevic. Vom Krieg in Bosnien-Herzegowina oder in Kroatien ist kaum die Rede. Viele der Intellektuellen, die heute in der DEPOS zusammenkommen, haben noch vor kurzem das Projekt «Grossserbien» vertreten, zum Teil sogar selbst formuliert. Bekanntester Kopf der Bewegung ist Vuk Draskovic, Dichter und Chef der Serbischen Erneuerungsbewegung SPO. Ursprünglich extremer Nationalist und Säbelrassler, gewann er viele Sympathien auch bei den KriegsgegnerInnen, als er sich gegen den Krieg in Kroatien aussprach. Als Alternative zu Milosevic favorisiert Vuk Draskovic die Rückkehr zur konstitutionellen Monarchie. Prinz Alexander, aus London zurückgekehrt, soll als Integrationsfigur den Wandel sichern und eine moralische Erneuerung des Landes ermöglichen.

Bei der nationalen Frage hingegen steht die Opposition dem Regime näher, als dies wünschbar wäre. In einer Plattform über die Probleme der Minderheiten in Serbien erklärte sie sich offen gegen die Möglichkeit einer territorialen oder politischen Autonomie für Kosovo oder die Vojvodina. Die Probleme müssten mit einer allgemeinen Demokratisierung und einer Dezentralisierung bei weitreichender lokaler Selbstverwaltung gelöst werden. Dieses Konzept geht nicht über die Vorstellungen von Kulturautonomie hinaus und verhindert damit eine offene Diskussion mit den Kosovo-AlbanerInnen oder der muslimischen Bevölkerung im Sandschak.

Ein Verbrecher mehr

Diese Opposition aus Intellektuellen und Populisten war nicht in der Lage, einen eigenen Kandidaten gegen Milosevic aufzubauen. Draskovic kandidierte zwar

bei den Wahlen, rief aber dazu auf, Milan Panic zu wählen, als dessen Wahlteilnahme wenige Tage vor den Wahlen endlich gesichert war. Der US-Import Panic galt der Opposition zwar nicht als Wunschkandidat, aber doch als einzig möglicher Gegenpart zu Milosevic mit minimalen Erfolgchancen. Mit dieser Kandidatur entschied sich die Opposition weniger für Panic als gegen Milosevic. Auch innerhalb der Opposition gab es viele kritische Stimmen: «Noch ein Verbrecher in der Regierung» (Panic wurde in den USA mehrfach wegen wirtschaftskrimineller Vergehen zu Geldstrafen verurteilt) oder «Einer mehr, der das eine sagt, das zweite denkt und das dritte tut».

Der Opposition gelang es während der ganzen Wahlkampagne nicht, eine wirkliche Bewegung auszulösen und Panic darin einzubinden. Zu widersprüchlich waren dessen Politik und seine öffentlichen Stellungnahmen. Nach seiner Niederlage gratulierte Milan Panic Milosevic zu seinem Wahlerfolg und ist sicher, «dass der demokratische Prozess, der bei diesen Wahlen so klar zu spüren war, nicht aufgehoben werden kann.» Kein Wunder, dass der Wahlkater der Opposition dieses Jahr etwas länger dauert.

Die Teilnahme war ein Fehler

Maja Divac, Journalistin bei «Studio B», erklärt: «Die Teilnahme der Opposition an den Wahlen war ein Fehler. Sie hat damit Milosevic und sein Regime zusätzlich legitimiert.» Tatsächlich mehren sich die Stimmen, die die Teilnahme an den Wahlen negativ bilanzieren. Solange die serbische Regierung den Krieg in Bosnien-Herzegowina weiter mit nationalen Zielen rechtfertigt, ihn materiell und ideell unterstützt und eine Ausweitung des Krieges nach Mazedonien und



Frauen in Schwarz
protestieren gegen den Krieg.
Belgrad, Ende Dezember 1992

im Kosovo droht, hätte die Opposition ihre Teilnahme verweigern müssen.

Nach den Erfahrungen mit Massenkundgebungen und Strassenaktionen, die trotz der Beteiligung von 100'000 Menschen Milosevic keinen Einhalt gebieten konnten, verfiel die demokratische Opposition in Apathie und griff auch im Vorwahlkampf nicht aktiv ein. Alle Hoffnungen wurden auf den Wahlausgang gesetzt, obwohl eigentlich niemand an einen Erfolg glaubte. Eigenständige und unabhängige Aktionen gegen den Krieg fanden keine mehr statt. Alle Energie floss in die mühsamen Verhandlungen um gemeinsame oppositionelle Listen und ihre KandidatInnen.

Faschistische Diktatur?

Der Spielraum für jede oppositionelle Tätigkeit ist nach diesen Wahlen weiter eingeschränkt. Der Druck auf unabhängige JournalistInnen und kritische Intellektuelle wächst. Diese Opposition ist heute von Milosevic und seinem Regime abhängig. Überschreitet sie ihren vom Regime festgelegten Spielraum als demokratisches Feigenblatt, riskiert sie ihre physische Liquidierung.

Bogdan Petrovic, Journalist bei «Studio B», charakterisiert die serbische Gesellschaft heute so: «Unsere Gesellschaft besteht aus dem Staat, der Administration, der Polizei und der Armee. Es ist ein abgeschlossener Kreis – wie eine Mafia-Organisation. Sie kontrollieren die Wirtschaft, die Polizei, die Justiz. Nach diesen Wahlen ist die Ohnmacht der

Menschen noch grösser als sie vorher schon war.» *Maja Divac* von «Studio B» ergänzt: «Es gibt hier keine Gesetze. Kriminelle sitzen im Parlament. Die Menschen hier haben Angst, und sie wissen weshalb.»

Krieg und Politik als Katharsis

In Serbien herrschen heute Angst und Fatalismus. Krieg und Politik erscheinen als Katharsis, als Läuterung der serbischen Nation. Der Krieg ist nicht vermeidbar, Milosevic nicht zu bremsen. Die Weltverschwörung gegen Serbien muss durchlitten werden. Die serbische Opposition, Intellektuellenzirkel ohne wirkliche Basis, steht mit dem Rücken zur Wand. Eine eigentliche Bewegung gegen den Krieg oder gegen die Politik von Milosevic ist weit entfernt. Die fehlenden Erfahrungen zivilgesellschaftlichen Handelns und kampagnenbezogener Projekte erschweren diese Perspektive. Immer noch suchen die serbischen Intellektuellen nach den grossen Lösungen für alle Probleme und verpassen dabei die Chance, im kleinen konkrete Arbeit zu entwickeln.

Zur Angst vor direkter Repression gesellt sich die Drohung einer Militärintervention und die Gefahr eines Bürgerkrieges in Serbien selbst. Diesen Bedrohungen, vom Regime als Weltverschwörung gegen das Opfer Serbien dargestellt, steht die Opposition hilflos gegenüber. Der Glaube an ihre eigene Kraft und Fähigkeit, Milosevic Einhalt zu gebieten,

Widerstand mit konkreten Projekten

Während auf der Ebene der «grossen Politik» die Möglichkeiten der Opposition praktisch inexistent sind, gibt es viele konkrete Ansätze oppositioneller Projekte im kleinen. Die noch existierenden alternativen Medien suchen sich neue Öffentlichkeiten, sind dafür aber auf internationale Unterstützung angewiesen. Gruppen bilden sich, die die Verstösse gegen die Menschenrechte in Serbien thematisieren. Die Antikriegs-Zentren werden aktiv im Bereich der Flüchtlingsbetreuung, der Wiederansiedlung von Vertriebenen in besetzten Gebieten, der Verweigererberatung usw.

Diese konkreten, lokal verwurzelten Projekte verdienen und erfordern unsere Unterstützung. Die GSoA-Antikriegskampagne hat diese Projekte dokumentiert und kann entsprechende Unterlagen zur Verfügung stellen. Engagierte Einzelpersonen und Organisationen hier sind gefordert, konkrete Hilfeleistungen zu geben und damit die Opposition in ihrer täglichen Arbeit auch vor den Übergriffen des Regimes zu schützen.

Informationen bei: GSoA, Antikriegskampagne, Postfach 103, 8031 Zürich. Tel. 01/272'90'10, Roland Brunner.

Die GSoA gibt einen zweiwöchentlichen Informationsdienst «ParaPacem» heraus, der Informationen, Hintergrundmaterial und Analysen über die Antikriegskräfte im ehemaligen Jugoslawien liefert. Der Newsletter kann für 100 Franken (sechs Monate) abonniert werden bei obiger Adresse.